

Antrag

Initiator*innen:	Kirsten Bock, Norbert Tretkowski (Sprecher*innen LAG Medien und Netzpolitik), Maya Diederichs, Moritz Bührmann (Sprecher*innen LAG Demokratie und Recht), Sebastian Bonau, Konstantin von Notz, Jörn Pohl (dort beschlossen am: 23.10.2025)
Titel:	Digitale Freiheitsrechte stärken – Für eine grundrechtskonforme Sicherheitspolitik im digitalen Raum

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 2 1. Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein wird
3 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass beim Einsatz von
4 Analysesystemen in Sicherheitsbehörden nur solche Lösungen gewählt werden,
5 die grundrechts- und datenschutzkonform, transparent und quelloffen sind.
6 Dabei soll die im Koalitionsvertrag verankerte digitale Souveränität durch
7 den Einsatz deutscher oder europäischer Softwarelösungen, bestenfalls
8 Eigenentwicklungen, gestärkt werden.

- 9 2. Bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität setzt sich die Landtagsfraktion
10 für Lösungen ein, die die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Grundpfeiler
11 digitaler Sicherheit bewahren und stärken. Das Recht der Nutzer*innen auf
12 anonyme und pseudonyme Nutzung ist zu stärken. Hierzu ist die
13 Landesregierung aufzufordern, ein Konzept zu erarbeiten, wie
14 Strafverfolgungsbehörden effektiv arbeiten können, ohne
15 Verschlüsselungstechnologien zu schwächen.

- 16 3. Für den Einsatz von Datenanalysesystemen ist ein Kriterienkatalog zu

17 entwickeln, der folgende Aspekte umfasst und gesetzlich hinreichend
18 bestimmt festgeschrieben wird:

- 19 1. Transparenz der Algorithmen und Entscheidungsprozesse,
20 Entscheidungen müssen den Grundsätzen des Rechts folgen, also
21 nachvollziehbar sein
- 22 2. Datensparsamkeit und strenge Zweckbindung
- 23 3. Regelmäßige unabhängige Evaluierung der Systeme durch unabhängige
24 Wissenschaft und/oder Aufsichtsbehörden
- 25 4. Klare Löschfristen für erhobene Daten
- 26 5. Besonderer Schutz von Personen, die aufgrund von Zeugenschaft, als
27 Begleitpersonen etc. im System registriert werden
- 28 6. Ausschluss biometrischer Massenüberwachung im öffentlichen Raum
("intelligente Videoüberwachung") sowie keine anlasslose
29 Massenüberwachung a la Vorratsdatenspeicherung im digitalen Raum
- 30 7. Kein automatischer Abruf aus Registern
- 31 8. Speicherung von Daten ausschließlich in vom Bundesamt für Sicherheit
in der Informationstechnik (BSI) zertifizierten, deutschen oder
europäischen Rechenzentren
9. Ausschluss von "Predictive Policing"
10. Nachvollziehbares Rollen- und Zugangsmanagement, das den Einsatz des
Werkzeugs protokolliert und unrechtmäßigem Einsatz vorbeugt

32 4. Die Landtagsfraktion setzt sich für die Förderung und Entwicklung
33 deutscher oder europäischer Alternativen zu proprietären
34 Überwachungssystemen wie diejenigen des hoch umstrittenen US-Unternehmens
41 Palantir aus dem direkten Umfeld von Präsident Donald Trump ein. Hierfür
35 sollen auch Kooperationen mit Forschungseinrichtungen und deutschen wie
42 europäischen Technologieunternehmen angestrebt werden.

37 5. Die nachträgliche Identifizierung einzelner verdächtiger Personen zur
44 Abwehr dringender und gewichtiger Gefahren, etwa durch einen Abgleich im
45 Internet, kann in eng begrenzten und klar geregelten Ausnahmefällen ein
46 wichtiges Instrument für die Sicherheitsbehörden sein. Die damit
47 verbundenen tiefen Grundrechtseingriffe erfordern jedoch hohe
48 rechtsstaatliche Sicherungsmechanismen. Insbesondere muss sichergestellt
49 sein, dass die technische Umsetzung verfassungs- und europarechtskonform
50 möglich ist. Inwieweit das tatsächlich möglich ist, ist derzeit noch
51 unklar. Ein Verfahren, um die Einhaltung dieser Prinzipien zu überprüfen
52 und zu gewährleisten, kann die Einrichtung eines KI-Reallabors (Art. 59
53 Abs. 2 KI-VO) für Sicherheitsbehörden sein. Dort könnten in sicherer
54 Umgebung unter Einbindung von Aufsichtsbehörden souveräne, passgenaue und
55 rechtskonforme Lösungen entwickelt werden. Da es sich um einen
56 tiefgreifenden Grundrechtseingriff handelt, können dies nur Verfahren
57

58 sein, die eine solche Identifizierung unter strenger Beachtung von
59 Verfassungs- und Europarecht ermöglichen und gleichzeitig den Schutz der
60 Persönlichkeitsrechte gewährleisten.